

## Kurzbericht

### Ausschuss für Inneres und Sport (42. Sitzung am 6. November 2014)

#### Beratungsthemen:

#### Außerhalb der Tagesordnung:

*Der Ausschuss hatte in der Sitzung am 16. Oktober im Zusammenhang mit dem Antrag der FDP-Fraktion „Einbruchkriminalität effektiv bekämpfen - Beute zurückgeben“ - Drs. 17/1971 - um eine Unterrichtung zum aktuellen Sachstand sowie um eine rechtliche Bewertung der Forderungen des Antrags gebeten. Er kam überein, dass die entsprechenden Informationen mündlich vorgetragen werden sollten.*

*Der Ausschuss nahm ferner in Aussicht, über das Haushaltsbegleitgesetz in seiner Sitzung am 18. November zu beraten.*

#### Zur Tagesordnung:

#### Nicht öffentlicher Sitzungsteil

1. **Unterrichtung durch das Innenministerium über das Vorgehen der Polizeibehörden und des Innenministeriums nach der Entweichung eines Patienten aus der Maßregelvollzugsanstalt Brauel am 14. September**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

2. **Unterrichtung durch das Ministerium für Inneres und Sport über die Vollstreckung des Vereinsverbots des „Hells Angels MC Charter Göttingen“**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

#### Öffentlicher Sitzungsteil

3. **Visafreiheit für türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ermöglichen**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1755](#)

*Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über die Grundlagen des Visumsrechts der EU sowie über die Entscheidung des EuGH zum Sprachnachweis beim Ehegattennachzug (Rechtssache Dogan) entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

*Er verständigte sich darauf, am Rande des Dezember-Plenums die Möglichkeiten zur Formulierung einer von allen Fraktionen gemeinsam getragenen Beschlussempfehlung auszuloten.*

4. **Norddeutsche Allianz für die Ausrichtung Olympischer Sommerspiele und der Paralympics**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2159](#)

*Der Ausschuss stellte die Beratung des Antrags zurück.*